

12. Apr. 2011

Aussagen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Vertreter der Medien,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute nimmt der Rat eine seiner wichtigsten Befugnisse wahr. Er verabschiedet den Haushaltsplan für das Jahr 2011.

Wenn eine Person ein neues geografisches Ziel anstrebt, dann ist diese gut beraten zunächst ihre Position zu bestimmen, weil sie sonst eventuell in südliche Richtung aufbricht, das angestrebte Ziel aber nördlich ihrer Ausgangsposition liegt. Dieses Beispiel lässt sich auch auf andere Lebenssituationen übertragen, die zunächst eine Standortbestimmung erfordern.

Zunächst ein Aspekt der auf den ersten Blick nichts mit unserem Haushalt zu tun zu haben scheint. Durch das Erdbeben, den Tsunami und die Atomreaktorbeschädigungen in Japan wurde deutlich, dass der Mensch diese Technologie nicht sicher beherrschen kann. Ein möglichst schneller Weg heraus aus dieser gefährlichen und zerstörerischen Technik ist geboten. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dass die Stadtwerke für Rheine zukünftig keinen Atomstrom erwerben und ihren Kunden anbieten soll, sowie ihr Produkt „proRheineStrom watergreen“ intensiv vermarkten soll. Mit diesem Antrag verfolgen wir u. a. die Ziele:

1. marktwirtschaftliche Reduzierung des Bedarfes an Atomstrom,
2. marktwirtschaftliche Steigerung des Bedarfes an „sauberem“ Strom,
3. Steigerung der Sicherheit für Natur und Mensch.

Einwände gegen diese Ziele, insbesondere die Kostenentwicklung, halten wir für nicht überzeugend, weil verkannt wird, dass

1. die Sicherheit im Vordergrund stehen muss und ihren Preis hat und
2. die noch immer nicht geregelte Frage der Endlagerung von Atom Müll in die Kostenberechnungen je Kilowattstunde Atomstrom nicht einschließt.

Die Entscheidungen zur Weiterführung oder Auflösung der Theodor-Blank-Kaserne in Rheine-Bentlage stehen noch aus. Im Jahresverlauf werden sich hier Entscheidungen ergeben, auf die die Stadt Rheine keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss haben wird. Die SPD-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang die unermüdlichen Aktivitäten unserer Bürgermeisterin, die nach unserer Kenntnislage keine Gelegenheit auslässt, um für eine Entscheidung pro Theodor-Blank-Kaserne und damit pro Rheine zu werben. Sollte es zu einer negativen Entscheidung kommen, dann wäre Rheine in seiner Zukunftsentwicklung stark betroffen. Die gesellschaftliche Entwicklung, die Finanzkraft und die wirtschaftliche Lage der Stadt müssten erhebliche Einbußen verkraften. Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt wären unmittelbar spürbar.

Anrede

Für die SPD-Fraktion möchte ich nun eine konkretere Bestimmung der Haushaltslage unserer Stadt vornehmen, ohne Sie mit einer Unmenge von Zahlenangaben zu ermüden.

Für den Haushalt der Stadt ist die Beschreibung der Ausgangsposition in diesem Jahr noch schwieriger als in den vorangegangenen Jahren. Die Analyse der Lage bestätigte eindeutig strukturelle Defizite. Deswegen wurde nach den Beratungen in der Strategie- und Finanzkommission, im Haupt- und Finanzausschuss und letztendlich im Rat das Ziel vereinbart 10 Millionen Euro strukturelle Haushaltsverbesserung durch verminderten Aufwand und Verbesserung auf der Ertragsseite zu erzielen.

Im Vorfeld ließen sich die Planungsdaten nur sehr schwer durch die Verwaltung ermitteln und seit der Einbringung des Etatentwurfes im Dezember waren eine Vielzahl von geänderten Parametern zu berücksichtigen gewesen. Die Ausgaben sind um über 14 Millionen Euro Defizit zu hoch. Das Haushaltsloch kann nur durch einen Rückgriff auf das städtische Vermögen gedeckt werden. Wir stehen kurz vor einer Haushaltssicherung und wenn wir nicht selbst aktive Haushaltssicherung betreiben, dann wird die Kommunalaufsicht für uns handeln. Wir wären nicht mehr in der vollen Selbstbestimmung.

Anrede

An dieser Stelle bedankt sich die SPD-Fraktion ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre fachlich gute und unermüdliche Arbeit zur Erstellung des Haushaltsentwurfes und den seit der Einbringung immer wieder erforderlichen Anpassungen. Neue Tendenzen und Erkenntnisse wurden nach Wahrnehmung der SPD-Fraktion immer unverzüglich den politischen Verantwortungsträgern zur Kenntnis gebracht. Dieser Dank gilt insbesondere der Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder, dem Kämmerer Herrn Lütke-meier und seinem Team.

Anrede

Einige beispielhafte Veränderungen der Planungsgrundlagen:

Die Steuereinnahmen sind landesweit gestiegen. Mit den höheren Steuereinnahmen dürfen auch die Städte und Gemeinden mit einem höheren Betrag nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) rechnen, weil die Höhe der verfügbaren Mittel durch bessere Steuereinnahmen höher als im Gesetzentwurf sein wird. In der Bewertung lassen diese Verbesserungen aber keine Reduzierung bei den kommunalen Haushaltsrisiken zu.

Das Land NRW hat das Volumen der Mittel des Gemeindefinanzierungsgesetzes deutlich erhöht. Der kommunale Anteil an der Konsolidierung des Landeshaushaltes ist kein Bestandteil des Gemeindefinanzierungsgesetzes mehr und der kommunale Anteil an der Grunderwerbssteuer wurde wieder in die Berechnungssumme eingeführt. Eine Erhöhung der Verteilsumme für die Städte und Gemeinden von ca. 300 Millionen Euro pro Jahr.

Durch der Landesverfassung und der Rechtsprechung geschuldeter Anpassungen der Berechnungsgrundlagen an die reale gesellschaftliche und kostenspezifische Entwicklung werden von diesen erhöhten Finanzmitteln aber wahrscheinlich erheblich weniger Euro in die Kasse der Stadt Rheine gelangen. Die schwarz/gelbe Landesregierung hat in ihrer Amtszeit von 2005 bis 2010 keine Anpassung der statistischen Grundlagen zur Berechnung der Gemeindeanteile durchgeführt. Die Entwicklung gerade bei den Soziallasten hat sich in den unterschiedlichen Regionen unseres Landes aber sehr unterschiedlich ausgewirkt. Deshalb scheint sich aus den weit höheren Soziallasten der Städte und Gemeinden im Ballungsgebiet Rhein/Ruhr in Verbindung mit einer nicht durchgeführten Anpassung der realen Berechnungsgrundlagen durch die bis 2010 im Amt gewesene schwarz/gelbe Landesregierung der jetzt von einigen Akteuren als schockartig gefühlter Veränderungsprozess zu ergeben.

Für das Haushaltsjahr 2011 soll laut Gesetzesentwurf nur die Hälfte des Anpassungsbedarfes bei den Soziallasten berücksichtigt werden. Für die Stadt Rheine bedeutet dies, dass sich im Jahr 2012 nochmals eine erhebliche Deckungslücke im Etat auftun wird, wenn sich nicht die Berechnungsgrundlagen deutlich verändern.

Die Anpassungen im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 beim Hauptansatz, der so genannten Veredelung, zu Gunsten der Städte und Gemeinden im ländlichen Siedlungsgebiet können die enormen Veränderungen bei den Soziallasten nicht kompensieren.

Für die SPD-Fraktion bleibt es bei der Aussage, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht zur Abwendung oder Herbeiführung einer Haushaltssicherung einer Stadt oder Gemeinde dient. Andernfalls hätte schon in der Vergangenheit das jeweilige Gemeindefinanzierungsgesetz die Haushaltssicherung in den Städten und Gemeinden, die davon betroffenen sind, eine solche Einschränkung der Selbstbestimmung verhindert bzw. verhindern müssen.

Da auch für die SPD-Fraktion nicht eindeutig klar ist, ob die enorm gestiegenen Aufwendungen der Soziallasten zusätzlich beim so genannten Hauptansatz berücksichtigt wurden, hat der Rat der Stadt Rheine mit den Stimmen der SPD-Fraktion eine entsprechende Resolution an das Land NRW zur Verbesserung der Transparenz bzw. zur Korrektur der Berechnungsgrundlagen gestellt.

Den Klageankündigungen einiger Städte und Gemeinden in den ländlichen Regionen stehen Klagevorbereitungen von Städten und Gemeinden aus den Ballungsgebieten gegenüber.

Aus den ländlichen Regionen wird unter anderem die deutliche Anpassung bei den Soziallasten beklagt, aus den Ballungsgebieten die sofortige Soziallastenanpassung in voller Höhe und rückwirkend für den Zeitraum der durch die CDU/FDP-Landesregierung versäumten Jahre, also für die Jahre 2008, 2009 und 2010.

Anrede

Noch ist unklar, wie hoch die Entlastungen der kommunalen Haushalte durch die Übernahme von Leistungen im sozialen Bereich durch den Bund und das Land sein werden und welche Auswirkungen diese auf das Gemeindefinanzierungsgesetz NW für das Jahr 2011 haben werden.

Weitere Kostenübernahmen durch Bund und Land sind geboten, zumal Bund und Land die gesetzlichen Grundlagen bestimmen und damit Einfluss auf die Kostenentwicklungen haben. Die Kommunen setzen die Vorgaben „nur“ um. Insbesondere in den sozialen und bildungsorientierten gesellschaftlichen Bereichen sollen und müssen die Prinzipien der Konnexität gelten. Wer die Aufgaben definiert und bestimmt, der muss auch die finanziellen Mittel bereitstellen, die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig sind, sei es bei der Grundsicherung im Alter, bei den Aufwendungen für die Betreuung von Kindern unter dem 3. Lebensjahr, sei es bei der Gestaltung von Ganztagschulen oder bei den langzeitarbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Der Haushalt des Landes wird erst im nächsten Monat verabschiedet und frühestens dann können wir sicher sagen, wie hoch der Betrag nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 für die Stadt Rheine konkret sein wird.

Anrede

Mit den Entscheidungen des Kreises Steinfurt können wir ebenfalls nicht immer zufrieden und erst gar nicht glücklich sein. Für die SPD-Fraktion stellt sich die Frage, warum der Kreis Steinfurt die verringerte Finanzvolumen der Umlage des Kreises an den Landschaftsverband Westfalen Lippe nicht an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weitergibt und die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden entsprechend senkt. Nach unserer Information wird dies z. B. im Landkreis Warendorf so vollzogen. Bei den Beratungen des Landschaftsverbandes wurde ebenfalls die Entlastung der von Haushaltssicherung bedrohten Kommunen als wesentliches Argument vorgetragen.

Die Entscheidung des Kreises 50% der Wohnungskosten der Bedarfsgemeinschaften nach dem Arbeitslosengeld II bei den Wohnortgemeinden zu belassen, ist eine Bürde für die Stadt Rheine, die als unfair bezeichnet werden kann. Die Funktion als Mittelzentrum und damit einer höheren Anzahl von Bedarfsgemeinschaften wird hier nicht solidarisch vom Sozialkostenträger Kreis Steinfurt übernommen. Dies ist umso bedauerlicher, weil der Kreis alle Steuerungsmöglichkeiten in der Vermittlung und Fallbetreuung an sich gezogen hat. Der Stadt Rheine wurden alle Möglichkeiten zur Beeinflussung der Fallzahlen genommen, bei den Kosten wird sie aber, wie wir meinen, übermäßig belastet.

Die SPD-Fraktion hofft, dass es bei den Gesprächen unserer Stadtverwaltung mit der Kreisverwaltung zu Ergebnissen kommt, die alle Kosten im Rettungswesen in die Abrechnungsmodalitäten berücksichtigt. Wir als Stadt Rheine können es uns nicht (mehr) leisten auf abrechnungsfähige Positionen sitzen zu bleiben. Sollte es bei diesen Gesprächen dazu kommen, dass sich der Kreis Steinfurt bei den Planungen und dem Bau einer neuen Feuerwehr- und Rettungswache rechts der Ems beteiligt, so wir dies sehr begrüßen. Dadurch könnte ggf. der Rettungsdienst in Hopsten auch zur Nachtzeit die geforderten Einsatzreaktionszeiten erfüllen.

Anrede

Im Herbst 2010 schlug die Verwaltung die moderate Steueranpassung der durch die Stadt zu bestimmenden Gemeindesteuern vor. Durch den Beschluss der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion kam es 2010 nicht zur Verabschiedung der verbesserten Einnahmen der Stadt. Eine öffentliche Debatte unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wurde angesetzt und durchgeführt. Diese 2011 im Josef-Winckler-Zentrum stattgefunden Diskussionsrunde erbrachte wie erwartet keine Erkenntnisse, die die Steueranpassungen entbehrlich gemacht hätten. Die SPD-Fraktion hat diese Veranstaltung zur Steigerung der Transparenz begrüßt, die Beschlussfassungen zur Erhöhung Grundsteuer A und B und zur Gewerbesteuer wollten wir jedoch bereits im Jahr 2010 durchführen. Die CDU / FDP Ratsmehrheit war hier trotz intensiver und transparenter Darstellung der Fakten durch die Verwaltung und insbesondere durch den Kämmerer entscheidungsunfähig.

Ergebnis der Verschiebung der Steuerbeschlüsse: Erhöhter Aufwand durch einen zweiten Steuerbescheid in Höhe von ca. 20.000,00 Euro.

Anrede

Durch die Bürgermeisterin wurde im Verlauf des Jahres 2010 in Abstimmung mit den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes eine Organisationsumstrukturierung der Verwaltung vorgeschlagen, die den Verzicht einer Beigeordnetenstelle vorsah. Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde durchgesetzt, dass eine Beigeordnetenstelle ausgeschrieben und besetzt wurde.

CDU- und FDP-Fraktion setzten ihre eigene Beurteilung der Aufbau- und Ablauforganisation unserer Stadtverwaltung über die Bewertung der betroffenen Fachleute des Verwaltungsvorstandes. Die mit dem Wegfall der Beigeordnetenstelle mögliche strukturelle Senkung der Personalkosten konnte nicht genutzt werden. Dies ist nach Ansicht der SPD-Fraktion besonders widersprüchlich, wenn man sich an die wiederholten Forderungen gerade der CDU- und FDP-Fraktionen nach reduzierten Personalaufwendungen erinnert.

Anrede

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass Herr Linke nicht Gegenstand dieser Ist-Analyse ist. Die SPD-Fraktion möchte im Zusammenhang mit der Haushaltsverabschiedung 2011 daran erinnern, dass Einsparpotenzial in der Vergangenheit nicht genutzt wurde. Mit Herrn Linke werden wir, wie in den ersten Monaten seiner Amtszeit, vertrauensvoll zum Wohle unserer Stadt zusammenarbeiten.

Sollten sich die Hinweise bestätigen, dass die Stelle des Kämmerers nicht wieder besetzt werden soll, wenn Herr Lütke-meier die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit antritt, dann könnten CDU und FDP einen entscheidenden Fehler begehen. Die Befürchtungen, dass in einem solchen Fall Parteiinteressen über die Interessen der Stadt Rheine gestellt werden, könnten Realität werden. Es ist sorgfältig zu prüfen, ob die Ebene eines Fachbereichsleiters/Kämmerers ersatzlos gestrichen werden kann. Die Fachkompetenzen im Haushaltswesen sind zu gewährleisten und ein Beigeordneter muss verstärkt seine Führungskompetenz in seinem Dezernat wahrnehmen bzw. wahrnehmen können. Hinzu kommt, dass die Personalkosteneinsparungen bei einem Beigeordneten in der B-Besoldung höher sind als beim Kämmerer.

Die von der Ratsmehrheit beschlossenen Vermerke „künftig wegfallend“ für alle Planstellen, die durch den Eintritt in den Ruhestand freiwerden (bzw. der Freistellungsphase im Rahmen der Altersteilzeit freiwerden) ist ebenfalls nicht plausibel. Sie erwecken den Eindruck, dass auf die Kostenbremse getreten würde. Wir, die politischen Verantwortungsträger, müssen aber schon jetzt jede Stellenbesetzung durch Personen, die nicht bereits der Verwaltung angehören, genehmigen. Die Vermerke „künftig wegfallenden“ sind deshalb zur Planstellenbewirtschaftung unnötig und nach unserer Auffassung nur zur Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung tauglich. Mit einem von FDP und CDU so häufig gefordertem Abbau von Bürokratie hat dies ebenfalls nichts zu tun. Die Vermerke können Wechselüberlegungen in andere Verwaltungen von gut ausgebildeten, kompetenten und fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fördern, weil diese keine Karrierechancen in der Stadt Rheine erkennen.

Anrede

Die Überlegungen der CDU-Fraktion zur Veränderung der Strukturen im Zusammenhang mit der Kloster Bentlage gGmbH führten dazu, dass dort beschäftigte Personen mehr als verunsichert waren. Hauptamtliches und ehrenamtliches Engagement mündete in nicht unerheblichem Umfang in Strukturdebatten und ein Workshop mit erheblichen Kosten musste zur Auflösung des Konfliktes durchgeführt werden. Ausgaben, die die Bilanz der Stadt Rheine negativ belasteten und unsere derzeitige Ausgangslage auch finanziell verschlechterte.

Anrede

Die Vorschläge zur dauerhaften Übertragung der Berufskollegs an den gesetzlich vorgesehen Träger, nämlich dem Landkreis Steinfurt, wollte die CDU- und die FDP-Fraktion nicht mittragen. Eine fünfjährige Übertragung mit der Möglichkeit der Rückübertragung auf die Stadt Rheine wurde verabschiedet. Die Hinweise, dass die Finanzsituation der Stadt Rheine auch nach dem fünfjährigen Übertragungszyklus nicht so sein wird, dass die Stadt Rheine die Berufskollegs als freiwillige Aufgabe wieder übernehmen kann, wurde nicht hinreichend berücksichtigt. Die jetzige Situation ist so zu beschreiben, dass die Stadt in Ihrem finanziellen Spielraum eingeschränkt wurde. Der mögliche Liquiditätsvorteil beim Verkauf der Immobilien an den kaufwilligen Kreis Steinfurt wurde durch die CDU/FDP-Ratsmehrheit verhindert. Die Stadt hat eine höhere Zinsbelastung für Liquiditätskredite zu zahlen.

Soweit beispielhafte Begebenheiten aus dem Haushaltsjahr 2010, die unsere jetzige Diskussionsgrundlage beeinflusst haben.

Anrede

Die Verwaltung hat unterschiedliche Sparvorschläge vorgelegt. Die Potenziale haben die Fachleute der Verwaltung erarbeitet oder hat die Politik in unterschiedlicher Form (durch Anträge, in Diskussionen der Arbeitskreise, der Strategie- und Finanzkommission, der Ausschuss- oder Ratssitzungen usw.) vorgetragen: Weiter Sparideen wurden von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) vorgeschlagen und / oder wurden von Bürgerinnen und Bürgern mit Brief, per elektronischer Post oder bei der o. g. Beratung im Josef-Winckler-Zentrum eingebracht.

Diese Kostenreduktionen und Einnahmeverbesserungen können die Handlungsfähigkeit der Stadt Rheine bewahren, wenn eine Entlastung bei den Sozialausgaben durch Land und Bund erfolgt. Unsere Verantwortung liegt darin, die städtischen Ausgaben zu reduzieren und durch den Rat beeinflussbare Einnahmen zu steigern. Die Beschlüsse der Ausschüsse und des Rates müssen dabei gesellschaftlich ausgewogen sein und ein lebens- und liebenswertes Leben in Rheine an der Ems muss erhalten bleiben. Es muss deutlich zum Ausdruck kommen, dass Standards, an die wir uns in Rheine gewöhnt haben, überprüft und in vielen Bereichen gesenkt werden müssen. Es wird zu schmerzlichen Entscheidungen kommen. Die SPD-Fraktion ist bereit ihre Verantwortung zu tragen.

Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist der Stopp bei den Erweiterungsmaßnahmen an der Fürstenberg-Realschule. Auf der Grundlage der aktuellen Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr musste dieses Projekt mit ihren erheblichen Kosten gestoppt werden. Dies hat keiner der Entscheidungsträger mit Hurra-Rufen begrüßt. Die Verantwortung für die städtische Entwicklung im Ganzen und der finanzielle Handlungsrahmen der Stadt haben den Stopp erzwungen. Aktuelle Schulentwicklungszahlen sind nötiger als noch vor ein paar Monaten gedacht. Bei der angespannten Haushaltslage können wir uns „nur“ noch nachhaltige Projekte leisten.

Mit dem Haushalt 2011 werden aber auch zukunftsweisende Projekte weitergeführt und entwickelt. Dabei sind wir auf Partner und Unterstützer angewiesen. Dies gilt z. B. für das Weiterführen des Projektes „Emsgalerie“. Die ersten vorgestellten Ideen und Skizzen sind ermutigend. Die SPD-Fraktion wird die Umsetzung, soweit der kommunalpolitische Bereich dies kann, positiv begleiten.

Die Entwicklungen von Rheine R und den Arealen an der Lindenstraße gehören ebenfalls zu den zukunftsweisenden Projekten, die die volle Unterstützung der SPD-Fraktion erhalten werden.

Beim Projekt „Soziale Stadt - Dutum/Dorenkamp“ sind wir auf die nächsten Projektschritte einschließlich der Finanzierungspläne gespannt und hoffen, dass diese umgesetzt werden können.

Ein Magazin für die Einlagerung stadtgeschichtlicher Gegenstände und Dokumente und der Stadt übereigneten Kunstobjekte wird es ebenfalls geben müssen.

Einige Punkte auf der gerade verabschiedeten Spar-Liste bedürfen der Überprüfung ihrer Notwendigkeit und ihrer „Nebenwirkungen“. Deshalb möchte die SPD-Fraktion in den Fachausschüssen konkretisierte Beschlussvorlagen verabschieden. Nur so sind nach unserer Auffassung die Ziele eines die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit garantierenden städtischen Haushaltes und einer lebens- und liebenswerten städtischen Gesellschaft mit hohem ehrenamtlichem Engagement zu erreichen.

Exemplarisch seien genannt:

Im Falle der Zeitschrift Gestern-Heute-Morgen sind die Diskussionen innerhalb der SPD-Fraktion soweit durchgeführt worden, dass wir uns einen völligen Verzicht auf diese Publikation nicht vorstellen können. Die Bedeutung für unser Gemeinwesen, das geschichtliche, politische, kulturelle und technologische Wissen ist unseres Erachtens zu hoch. Die Zeitschrift darf nicht ersatzlos gestrichen werden. Deutliche Aufwandsreduzierungen stehen dieser Aussage nicht entgegen. Durch „nur“ eine Auflage im Jahr und Verrechnung der Erlöse aus dem Abo-Bezug und dem freien Verkauf ist mit tatsächlichen Zuschusskosten der Stadt von ca. 2.000,00 Euro pro Jahr zu veranschlagen. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion eingebracht und hofft, die anderen Fraktionen und Verantwortungsträger mit ihrem Anliegen und Argumenten im Fachausschuss zu überzeugen.

In einem weiteren Punkt, nämlich der pauschalen Reduzierung der Zuwendungen an Vereine, Organisationen und Verbände um 10%, ist die interne Diskussion bei der SPD-Fraktion noch nicht abgeschlossen. Wir sehen hier die Gefahr, dass ehrenamtliches Engagement beeinträchtigt wird und der eine oder andere Zuschussempfänger seine Arbeit nicht mehr weiterführen könnte. Auf der anderen Seite bleibt aber die Feststellung, dass u. U. im Falle eines

Nothaushaltes freiwillige Leistungen gänzlich gestrichen werden könnten. Die dann eintretenden Folgekosten wären immens und müssen auf jeden Fall vermieden werden. Wir sind gespannt wie die Verwaltung und die anderen Fraktionen diesen Konsolidierungspunkt in den Fachausschüssen gemeinsam mit uns diskutieren, bewerten und schließlich verabschieden werden.

Anrede

Die SPD-Fraktion möchte weder hier und jetzt noch bei den späteren Beratungen der Konsolidierungsliste den Eindruck erwecken, als ob sie allen Einsparungsvorschlägen skeptisch gegenüber stehen würde. Die meisten Punkte werden sicher ungeschmälert verabschiedet werden können. Auch nach den bevorstehenden Senkungen von Standards und Reduzierungen von Wünschenswertem auf das finanziell Machbare wird die Stadt Rheine in den Bereichen der freiwilligen Leistungen weiter in erheblichem Umfang unterstützend tätig bleiben..

Anrede

Die SPD-Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf und dem Stellenplan zustimmen. Wir sehen darin den maximalen Rahmen des städtischen Aufwandes und werden durch konkrete Beschlüsse in den Ausschüssen und dem Rat die konkreten Aufwandsreduzierungen Gestalt geben. Der jetzige Haushaltsplan wird somit im Jahresverlauf Reduzierungen im Aufwand für unterschiedliche Produkte erfahren. Soweit die Beschlüsse sich wegen der fortgeschrittenen Planung erst im Haushalt 2012 und den folgenden Jahren auswirken, sind die bevorstehenden Entscheidungen zumindest gestaltungssichernde Maßnahmen für die Finanzplanung.